

V-02 Weitere Anträge

Antragsteller*in: LAG Migration und Flucht

Politik statt Populismus: soziale Probleme nachhaltig lösen

1 Politik statt Populismus: soziale Probleme nachhaltig lösen

2 Auf den Straßen der Hauptstadt können die wachsenden sozialen Probleme Berlins
3 gut beobachtet werden: Ca. 7.000-10.000 obdachlose Menschen leben hier derzeit
4 auf der Straße. Tendenz: steigend. Zunehmend werden auch Obdach- und
5 Wohnungslose aus anderen EU-Ländern angetroffen, was mit der uneingeschränkten
6 Freizügigkeit der Menschen aus allen EU-Staaten, die u.a. zum Arbeiten/zur
7 Arbeitssuche in die deutsche Hauptstadt kommen, einhergeht.

8 Obwohl die Not auf Berlins Straßen jedes Jahr kontinuierlich gestiegen ist,
9 wurde diese Entwicklung jahrzehntelang vom Senat ignoriert. Jetzt fehlt es an
10 allen Ecken und Kanten an Unterbringungsmöglichkeiten, an aufsuchender
11 Sozialarbeit, an Gesundheitsangeboten und Beratungseinrichtungen. Die Stadt
12 steht der wachsenden Herausforderung bisher konzeptlos gegenüber. In so einem
13 Klima ist es leicht, medienwirksam gegen die Marginalisierten vorzugehen und die
14 Forderung nach Abschiebung als irgendeine geartete Form der (Schein-)Lösung zu
15 präsentieren.

16 Wir kehren vor unserer eigenen Tür

17 Das soziale Problem von Obdachlosigkeit ist kein Neues und es ist keines, das an
18 Staatsbürgerschaften festgemacht werden kann. Es spricht gegen die
19 Menschenwürde, Menschen aufgrund ihres Passes zu hierarchisieren und somit die
20 politische Konzeptlosigkeit allein auf die Schultern der Marginalisierten
21 abzuwälzen. Die zunehmende Obdachlosigkeit ist keine Folge von Migration,
22 sondern ein gesamtgesellschaftlicher Missstand. Zudem gibt es keine belastbaren
23 Zahlen zum Anteil der Unionsbürger*innen unter den obdachlosen Menschen. Die
24 Fokussierung auf diese Gruppe beruht also auf reiner Spekulation und wird von
25 den Akteur*innen der Obdachlosenhilfe weder bestätigt noch akzeptiert. Die
26 Fokussierung auf ost-europäische EU-Bürger*innen lässt fälschlicherweise den
27 Schein erwecken, Obdachlosigkeit sei nach Berlin migriert.

28 Wohlfahrtsverbänden, Caritas, Streetworker, etc. rufen schon seit Jahren um
29 Hilfe und fordern mehr Mittel für die Wohnungs- und Obdachlosenhilfe. Mehr
30 Fachpersonal, mehr Unterkünfte und medizinische Betreuung sind gefordert. Denn:
31 Manche der auf der Straße lebenden Menschen haben unbehandelte psychische
32 Probleme und Suchterkrankungen.

33 Zwar stehen anders als deutschen Obdachlosen, Unionsbürger*innen nach
34 Bundesgesetzen keine Hilfen zu. Ein Verbot ihnen zu helfen existiert allerdings
35 nicht. Zudem ist Berlin wie alle Kommunen dazu verpflichtet, jedem, der ohne
36 Obdach ist und nicht auf der Straße leben will, eine feste Unterkunft
37 anzubieten.

38 Räumungen hingegen verschieben lediglich das Problem von einem Platz zum
39 nächsten Platz, von einem Bezirk zum nächsten Bezirk, anstatt das Problem in
40 seinem Fundament anzupacken.

41 **Wir stehen für ehrliche Debatten und Lösungen, statt Ablenkungsmanöver**

42 Wir wollen eine differenzierte Debatte und nachhaltige Konzepte für obdachlose
43 Menschen. Rassistische, populistische Äußerungen sind unvereinbar mit grünen
44 Grundsätzen, Forderungen nach Abschiebung sind auch schlichtweg nicht legal:
45 eine Abschiebung von Unionsbürger*innen ist verfassungswidrig, die Menschen
46 haben hier ein Bleiberecht. Die Forderung nach Abschiebung kommt damit nicht
47 über Populismus hinaus und ist kein Beitrag zur Lösung, schadet uns Grünen in
48 der öffentlichen Wahrnehmung jedoch gewaltig.

49 Es erfordert daher einer klaren Haltung des Landesverbands Berlin:

- 50 • Wir Grüne stehen zur Freizügigkeit innerhalb der EU. Wir sprechen uns
51 deutlich gegen eine Obergrenze für eine Zuwanderung aus Süd- und Osteuropa
52 aus.
- 53 • Wir Grüne lehnen eine Hierarchisierung von Menschen aufgrund von Pässen
54 ab.
- 55 • Wir Grüne wollen ein nachhaltiges Konzept, das obdachlosen Menschen eine
56 angemessene Beratungs- und Versorgungsstruktur bietet und dabei die
57 Vielfalt der Lebensumstände berücksichtigt.
- 58 • Wir Grüne positionieren uns klar gegen Räumungen von Obdachlosencamps.